

Nach Koalitionschaos jetzt Reformchaos und Wortbruch in Reinkultur

- Keine Reform - sondern Kapitulation vor dem Chaos in der schwarz-gelben Koalition
- Nicht mehr Netto vom Brutto - sondern weniger Netto vom Brutto
- Kein Sozialausgleich - sondern Almosen mit der Gießkanne
- Nicht mehr Solidarität sondern weniger Solidarität
- Nicht weniger Bürokratie sondern mehr Bürokratie
- Nicht Ausgabenkürzungen bei allen Leistungserbringern sondern Klientelpolitik vom Feinsten

Kurzum: Ihre sog. Reform ist Wortbruch in Reinkultur!

Wer dazu fähig ist - sollte auch fähig sein, die Konsequenzen zu ziehen.

Zurücktreten müssen alle, wenn sie sich an ihren eigenen Worten messen lassen.

Sie Herr Rösler genauso wie Herr Seehofer in Bayern!

Versprochen war:

Mehr Netto vom Brutto - das Gegenteil ist der Fall.

Rösler „Die Versicherten werden keine höheren Beiträge zahlen“ <Hamburger Abendblatt 24-10-2009“

Versicherte müssen in Zukunft mindestens 2,3 % mehr zahlen als bisher, bei Kassen, die viele Kranke versichert haben - wahrscheinlich noch mehr.

Versprochen war:**Die 1%-Grenze beim Zusatzbeitrag bleibt.**

Jetzt entfällt sie ganz und jedes GKV-Mitglied muss nicht nur 0,3 Beitragssatzpunkte mehr bezahlen sondern auch noch bis zu 2% seines sozialversicherungspflichtigen Einkommens.

Was daran gerecht ist bleibt Ihr Geheimnis.

Tatsache ist, dass jemand mit 1500 € Brutto erst mal 4,50 € Beitragserhöhung und bis zu 30 € kleine Kopfpauschale bezahlen muss. Zusammen mit dem bisherigen Beitrag sind das 158 € im Monat statt 118,50 €. Das sind künftig 10,53% vom Einkommen statt bisher 7,9%

Das ist mehr als dreist!

Mit Ihrem Offenbarungseid kürzen Sie die Einkommen bei RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, Niedrigverdienenden und bei mittleren Einkommen.

Versprochen war:**die Starken Schultern sollen mehr tragen als die Schwachen.****Für CSU ist soziale Gerechtigkeit ein Markenzeichen**

Das Gegenteil ist der Fall:

Bei einer Kopfpauschale von 30 € im Monat zahlt

jemand

mit einem Einkommen von 1500 € wie bereits gesagt: 10,53% seines Einkommens

Mit einem Einkommen von 3000 € - 9,2 % seines Einkommens

Mit einem Einkommen von 3750 € - 9 % seines Einkommens

Und bei einem Einkommen von 5000 € - 6,15% seines Einkommens

Sie vergrößern die Ungerechtigkeit anstatt sie zu verkleinern.

Die CSU sollte das „S“ schleunigst aus dem Parteinamen entfernen.

Über alle Kanäle wurde heute „gefunkt“: Niemand wird überfordert.

Ich weiß nicht in welcher Welt Sie leben - aber eine Zusatzbelastung von bis zu 34,50 € bei einem Einkommen von 1500 € ist eine Zumutung!

Versprochen war:**Ein automatischer Sozialausgleich aus Steuermitteln****Herausgekommen ist ein Almosen, das mit der Gießkanne verteilt wird.**

Am Anfang geht's in der Tat mit niedrigen Kopfpauschalen los und das Ausgleichsvolumen ist niedrig. Da Sie aber auf der Ausgabenseite deutlich unter den Einsparmöglichkeiten bleiben, steigen die Ausgaben von Jahr zu Jahr und damit die Zusatzbelastung der Versicherten und damit das Volumen der Almosen. Zusätzliche Steuern und damit eine zusätzliche Belastung der Besserverdienenden soll es nicht geben - also muss an anderer Stelle gespart werden. Und wo das sein wird, wissen wir spätestens seit ihrem Wachstumsverhinderungsgesetz und ihrem unsozialen Sparprogramm.

Gemäß ihrer Eckpunkte soll ein Ausgleich erfolgen, wenn die fiktive Kopfpauschale 2% des Einkommens übersteigt - unabhängig davon wie hoch die Kopfpauschale bei der Kasse des Kassenmitgliedes ist.

Fakt ist: zuerst müssen alle mehr bezahlen - in Form von Beitragserhöhung und Kopfpauschale. Wer in einer teureren Kasse ist zahlt drauf - wer in einer billigeren Kasse ist bekommt auch ohne Überforderung einen Ausgleich.

Das ist kein Sozialausgleich sondern eine Wechselprämie!

Und was ist das für eine Entlastung für jemanden mit einem Einkommen von 1500 €, wenn er bzw. Sie 1 € Sozialausgleich bekommt und von den 31 € Kopfpauschale aber 30 € selbst bezahlen muss?

Versprochen war: Bürokratieabbau - es kommt Bürokratieaufbau

Durch die Verlagerung der Rückerstattung auf die Arbeitgeberseite, müssen erst mal alle Arbeitgeber viel Geld in die Hand nehmen, um ihre Lohn- und Gehaltsabrechnungsprogramme anpassen zu lassen. Das ist ein Konjunkturprogramm für Softwarehäuser.

Aber was ist, wenn nicht nur eine Stelle Lohn und Gehalt bzw. Rente zahlt?

Was ist mit der Witwe, die ihre eigene Rente und die Hinterbliebenrente ihres Mannes bezieht? Das sind heute 2 Rentenkonten.

Was ist, wenn sie auch noch eine oder mehrere betriebliche Renten bezieht? Wer verrechnet dann was? Was ist mit dem Datenschutz nu zusätzlicher Bürokratie durch aufwändige Meldeverfahren?

Das betrifft eine wachsende Zahl von Versicherten. Laut letztem

Rentenversicherungsbericht waren es 4,4 Millionen RentnerInnen mit mehr als einer Rentenzahlung. Hinzu kommen Zahlungen aus Zusatzversorgungssystemen.

20 % aller Rentnerinnen und Rentner sind keine Seltenheit, so wie Sie es Herr Rösler heute morgen im Ausschuss gesagt haben.

Versprochen war: das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages - jetzt wir erst einmal erhöht!

Dann wollen Sie aber dauerhaft einfrieren. Damit bleiben die Versicherten mit allen künftigen Ausgabensteigerungen allein und müssen einen immer größer werdenden Anteil ihres Einkommens für ihre Krankenversicherung aufwenden.

Versprochen war: Es gibt keine Tabus bei den Ausgaben

Die Apotheker haben Sie vorsichtshalber schon mal ausgenommen.

Ärzte müssen sich mit niedrigeren Zuwächsen begnügen - aber haben noch welche.

Pharmahersteller dürfen im ersten Jahr nach Zulassung weiterhin Mondpreise zulasten der Kassen abrechnen.

Und die Versicherten müssen das mit steigenden Kopfpauschalen finanzieren.

Was bleibt unter dem Strich?

Ein Wortbruch folgt dem nächsten.

Seehofer bekommt eine Kopfpauschale, die er nicht wollte.

Rösler bekommt eine Kopfpauschale ohne Sozialausgleich.

Die Versicherten bekommen weniger Netto vom Brutto.

Die Klientel der schwarz-gelben Koalition freut sich über Schonung.

Die Arbeitgeber zahlen erst mal mehr und haben zusätzlichen Bürokratieaufwand.

Ihre Reform ist ungerecht- intransparent und kompliziert.

Das einzig Gute daran ist: diese unsoziale Klientelpolitik kann man abwählen: bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr und bei der nächsten Bundestagswahl.